

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Doris Rauscher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Martina Fehlner, Michael Busch, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt** und Fraktion (SPD)

Solidarität mit der Ukraine

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt scharf die Aggressionen und Feindseligkeiten Russlands gegenüber der Ukraine, den Ländern der Östlichen Partnerschaft und der Europäischen Union (EU), insbesondere die jüngste Eskalation durch die Anerkennung Russlands der selbsternannten "Volksrepubliken" Donezk und Luhansk als eigenständige Staaten. Russlands Vorgehen ist ein eklatanter Verstoß gegen eine Vielzahl von völkerrechtlichen Vereinbarungen, die Russland in den vergangenen 50 Jahren eingegangen ist, insbesondere gegen die Schlussakte von Helsinki von 1975 und die Charta von Paris der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) von 1990, die Resolution 68/262 „Territoriale Integrität der Ukraine“ der Vereinten Nationen von 2014 sowie gegen die Vereinbarungen von Minsk.

Der Landtag ist äußerst besorgt über das von Präsident Putin am 21.2.2022 unterschriebene Dekret über eine Entsendung russischer Truppen in die von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebiete der Donbass-Regionen sowie über die jüngste Äußerung des russischen Außenministers Sergej Lawrow, der das Recht der Ukraine auf Souveränität offen in Frage stellt. Es handelt sich um eine politische Invasion, der offensichtlich ein militärischer Einmarsch in die Ukraine folgen soll.

Der Landtag erklärt sich solidarisch mit der Bevölkerung der Ukraine und bekräftigt die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des Landes innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Der Landtag dankt der deutschen Bundesregierung für ihre fortdauernde diplomatische Friedens- und Vermittlungsmission in enger Abstimmung mit unseren internationalen Partnern und für ihre eindeutige Haltung gegenüber Russland und seiner derzeitigen Politik.

Der Landtag unterstützt das abgestimmte Vorgehen von NATO und der Europäischen Union und begrüßt es, wenn nun weitreichende Sanktionen gegen Russland umgesetzt werden. Der von Bundeskanzler Olaf Scholz verfügte Stopp von North Stream II gehört zu diesem Instrumentarium. Es sind jetzt gezielte und effektive Sanktionen gegen Russland umzusetzen.

VorAn - Dokument - ID: 117534 eingereicht von Opitz, Jacqueline am 22.02.2022 - 17:01

1

SPD

Status: eingereicht seit 22.02.2022 - 17:01

Ersterfasser: Dr. Vera Grötzinger-Kück

Begründung:

Russland hat an der Grenze zur Ukraine mehr als 150.000 Soldaten zusammengezogen und seine gegen den ukrainischen Staat gerichtete hybride Kriegsführung und die damit verbundene Desinformationskampagne intensiviert. Damit in Zusammenhang stehen die anhaltende Militarisierung des Asowschen Meeres, des Schwarzen Meeres und des Ostseeraums, insbesondere durch die Militarisierung des Bezirks Kaliningrad und der rechtswidrig besetzten Krim.

Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der Separatisten-Gebiete Donezk und Luhansk in der Ostukraine durch Staatspräsident Putin und mit der Ratifizierung der Anerkennung durch die russische Staatsduma hat die Aggression Russland gegenüber der Ukraine eine neue Eskalationsstufe erreicht. Es ist festzustellen, dass sich die Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten im Osten der Ukraine immer weiter verschlechtert, wobei das Recht auf freie Meinungsäußerung, Religionsfreiheit und Eigentumsrechte verletzt werden, Bildungs- und Sprachrechte gravierend eingeschränkt werden, die Medienfreiheit missbraucht und die Annahme der russischen Staatsbürgerschaft systematisch erzwungen wird sowie die zentralen Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht geachtet werden. In den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine in den Regionen Donezk und Luhansk gibt es mehr als 160 illegale Gefängnisse, in denen seit Beginn des Konflikts mehr als 3.000 Menschen rechtswidrig inhaftiert und Folter und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt sind.

Die Invasion und die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 waren bereits Ausdruck der aggressiven und revisionistischen Politik des Kremls. Mit der aktuellen Eskalation Russlands in der Ukraine bedroht das Regime den Frieden und die Sicherheit in Europa mit dem Ziel, eine neue Sicherheitsarchitektur zu erzwingen. Trotz weltweiter diplomatischer Bemühungen in Form des Normandie-Formats und der Vereinbarungen von Minsk I und II konnte weder eine Deeskalation in der aktuellen Ukraine-Krise erreicht noch Fortschritte bei der Beendigung der rechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland erzielt werden.

Der seit 2014 schwelende Konflikt hat bereits mehr als 14.000 Menschenleben gefordert. Russland verstößt nach wie vor gegen den Waffenstillstand im Donezbecken. Präsident Putin betreibt eine dauerhafte hybride Kriegsführung gegen die Ukraine, die mit einer ständigen Androhung von Gewalt in der gesamten Region einhergeht. Ziel ist, die Ukraine politisch zu destabilisieren und unter Russlands Einfluss zu bringen.

Die Charta der Vereinten Nationen sieht jedoch vor, dass alle Mitglieder der UN jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen müssen.